



Fraktion der **WIR** im Gemeinderat

Vorsitz: Hartwig Mensing
Kardinal-Galen-Str. 32
Telefon: 02566-96943
Stellvertreter: Michael Neumann
Schöppingerstr. 62
Telefon: 02547-883

Haushaltsrede 2006

Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren

„Altes in neuen Gewändern“, oder auch „altes Problem in neuem Gewand“, so kann man den Haushalt 2006 bezeichnen, der heute abschließend beraten und verabschiedet werden soll.

Durch die Einführung des neuen kommunalen Finanzmanagements hat sich unsere Finanzsituation nicht verbessert, sondern die Misere ist deutlicher geworden. Bleibt man beim Bild des Gewandes, so muss man feststellen, es ist zu eng, die Nähte platzen und die vorherrschende Farbe ist tiefrot auf schwarzem Hintergrund. Mit einem für Rosendahl „astronomischen“ Fehlbetrag von 1,7 Millionen Euro ist 2006 zu rechnen.

Notwendige Investitionen sollen zum größten Teil (1.3 Millionen Euro) über neue Schulden abgedeckt werden. Eine Ursache hierfür: die Rückführung von Abwasser- und Wasserwerk in den gemeinsamen gemeindlichen Haushalt. Auferlegte Baumaßnahmen, ausgelöst durch EU-Gesetze, machen allein im Abwasserbereich eine Kreditaufnahme von ca. 900.000 Euro notwendig, die allerdings über Gebühren erwirtschaftet werden.

Der Haushalt, der nicht durch Gebühren gedeckt ist – und im übrigen den größten Teil ausmacht – ist mit ca. 1,8 Millionen Euro defizitär. Ein- und Ausgaben oder wie es jetzt heißt Erträge und Aufwendungen klaffen weit auseinander. Über den größten Teil unserer Einnahmen und Ausgaben bestimmen aber nicht wir -die Gemeinde Rosendahl-, sondern Bund, Land und Kreis – sie bestimmen, wie viel Geld uns verbleibt, sie bestimmen den Rahmen unseres Handelns. Dieser Rahmen ist aber nicht verlässlich, diese Art der Gemeindefinanzierung ist keine geeignete Grundlage einer eigenständigen stabilen Haushaltsführung. Als kleines Beispiel von vielen möglichen: Die Landesregierung hat in diesem Jahr die Schlüsselzuweisungen um 11,8% gekürzt, das entspricht mit ca. 90.000 Euro in etwa den Energiekosten unserer Schulen. Sollen wir diese jetzt nicht mehr beheizen?

Oder an dieser Stelle noch provokativer gefragt:

Was macht es für einen Sinn, wenn die Gemeinde versucht, auf Kosten der Reduzierung der freiwilligen Leistungen im z.B. Kindergartenbereich, bei den Vereinen hier mal 500 €, da mal 1000 € oder 2000 € zu streichen, wenn bereits eine Erhöhung der Kreisumlage um 1 Prozentpunkt eine nicht zu kompensierende Mehrbelastung von 80.000 € ausmacht. Wir möchten hier den Vergleich mit einem Privathaushalt stellen. Da, wo keine Perspektive mehr ist, verliert der Bürger das Interesse und die Motivation, seine Lage zu verändern. Diese Mutlosigkeit hat, so glauben wir, auch schon in einigen Städten und Kommunen Einzug gehalten.

Aber die von vielen seit Jahren geforderte Gemeindefinanzreform wird wohl weiter auch sich warten lassen, so ist zu befürchten. Wir werden wohl noch länger damit leben müssen, dass die Verantwortlichen in Bund und Land lieber Sonntagsreden halten und Nebelkerzen werfen statt zu handeln.

Unsere neue Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen machte vor kurzem mit dem Vorschlag von sich reden, Kindergartenplätze kostenlos anzubieten. Ein toller Vorschlag – genauso gut könnte ich vorschlagen, dass die Bäcker ihre Brötchen kostenlos abgeben. Denn genauso wie ich nichts mit den Kosten der

Brötchenherstellung zu tun habe, hat Frau von der Leyen nichts mit der Kindergartenfinanzierung zu tun. Unser Landesvater Jürgen Rüttgers braucht sich auch nicht zu verstecken, erst ruft er 2006 als Jahr des Kindes aus, um im gleichen Atemzug 100 Millionen € im Kinder- und Jugendbereich zu streichen. Der weitere Ablauf dieses Theaterstückes ist auch schon geschrieben, die „Basis“ wird rebellieren, die Streichung von 100 Millionen auf 50 Millionen gesenkt und die CDU wird behaupten, sie hätte 50 Millionen mehr in die Jugendarbeit investiert.

Fest steht aber, dass das Land demnächst weniger Geld für die Kindergärten zur Verfügung stellen wird, Geld, was dann von den Kommunen und den Eltern aufgebracht werden muss. Diese Mehrbelastung, so konnte man gestern in der Allgemeinen Zeitung lesen, sieht die jugendpolitische Sprecherin der CDU mit ähnlicher wie schon oben erwähnter Logik „als Chance für die Kommunen, ihre Attraktivität zu steigern“, Kommunen würden „sogar in die Lage versetzt, demnächst ganz auf Elternbeiträge zu verzichten“. Diese arrogante selbstherrliche Verdrehung der Tatsachen treibt diesen Leuten aber noch nicht einmal die Schamesröte ins Gesicht.

Nun aber zurück zum Haushalt. Selbstverständlich ist es unsere Aufgabe, angesichts des hohen Fehlbetrages nach Einsparmöglichkeiten zu suchen. Da liegt es nahe, erst einmal bei den großen Ausgabepositionen zu schauen, wo eingespart werden kann.

Da ist zum einen die geplante Ortsumgehung in Osterwick mit 323.000 € in 2006-2008.

Hier sind zwar die Vorentscheidungen bereits vor unserer Zeit getroffen, die Finanzierung und Ausführung beginnt aber erst jetzt. Diese Maßnahme tragen wir mit, sie hat unsere Zustimmung.

Als weiteres Projekt Darfelder Markt mit ca. 120.000 € in 2006-2007. Auch dieses Projekt tragen wir mit. Dies vor allem auch auf Grund der starken Zustimmung der Bürger, die direkt an den Kosten des Ausbaues beteiligt sind. Der Umbau der Straße wird den Ortskern attraktiver machen, insgesamt sehen wir den Schwerpunkt in der Entwicklung Darfeld im Tourismus. Hier müssen aber weitere Anstrengungen gemacht werden.

Heizungsanlage Schule Osterwick. Wir begrüßen und unterstützen den Vorschlag der Verwaltung, bei der Heizungsmodernisierung auf nachwachsende Rohstoffe umzusteigen. Welche Heizung aber in welcher Dimension und Gestalt zum Zuge kommen wird, sollte genauestens abgewogen werden. Wir müssen hier aber erst noch in einen dezidierten Meinungsprozess einsteigen. Wir sollten Schnellschüsse vermeiden und erst alle Alternativen gegeneinander abwägen. Daher beantragen wir die Verschiebung des Haushaltsansatzes von 300.000 € ins nächste Jahr.

Offene Ganztagschule. Die Investitionen für die offene Ganztagschule werden zwar zu 90% bezuschusst, aber die Folgekosten belasten den Haushalt in den kommenden Jahren mit den laufenden Betriebskosten, also eine nicht unerhebliche Entscheidung für die Zukunft. Wir sehen dies als zukunftsweisende Investition auf dem weiteren Weg zur kinderfreundlichen Gemeinde. Wir bedanken uns hier bei Ihnen, Herr Bürgermeister, weil Sie einen Weg gefunden haben (durch das kostenlose Startangebot), die OGS möglich zu machen. Angenommen werden muss es von den Rosendahler Eltern, die sicher dann Ihre Kinder in die OGS schicken, wenn ein qualifiziertes Angebot angeboten und umgesetzt wird. Wir sind sicher, dass hierfür die richtigen Träger gefunden wurden. Dafür stehen WIR.

Wir könnten die Liste noch weiter fortsetzen: Straßenbau, Feuerwehrfahrzeug..., aber aus den Haushaltsberatungen ist bekannt, dass wir keine der größeren Ausgabepositionen streichen wollen.

Wir möchten aber an dieser Stelle darauf hinweisen, dass wir den Haushaltsansatz im Produkt 20 –Sportanlagen– für die Erneuerung der Hartplätze in Osterwick und Darfeld im Haushalt 2006 belassen wollen, obwohl eine Umsetzung in diesem Jahr nicht mehr möglich ist. Eine weitere wesentliche Zusatzfinanzierung in 2007

erscheint uns – auf Grund der gestern gemachten Erfahrungen und ohne die Wirtschaftlichkeitsberechnung vorliegen zu haben – nicht realisierbar.

Da wir also bei den größeren Brocken nicht streichen werden und selbst beim Streichen aller anderen freiwilligen Leistungen – Vereinszuschüsse (z.B. Heimatvereine, Sportvereine...), Kulturveranstaltungen, Büchereien.... (was einer Zerstörung unserer gewachsenen Struktur gleichkommt) das Defizit nicht ausgleichen können (auch nicht ansatzweise), verbleiben noch die beiden Säulen Sach- und Betriebskosten sowie Personalkosten.

Die uns bereits vorliegende Jahresrechnung 2005 zeigt, dass bei den Sachkosten bereits Einsparpotentiale genutzt wurden. Dieser Prozess sollte und muss –vielleicht auch kreativ - weiterbetrieben werden.

Auch die Gemeinde spürt schmerzlich die stetig steigenden Energiekosten. Hier gilt es, durch Energie einsparende Maßnahmen den wachsenden Kostendruck zu reduzieren. Wir fordern vom gemeindlichen Gebäudemanagement verantwortungsvolles Handeln und von den Nutzern Unterstützung bei den Bemühungen.

Einsparmöglichkeiten sehen wir für die Zukunft im Bereich Planungskosten und Kosten für Gutachten.

Wir sind der Meinung, dass die Bauverwaltung in der Lage sein muss, Planungen auch eigenständig zu erarbeiten. Auch ist es nicht immer erforderlich, externe Gutachten anzufordern.

Anregen möchten wir weiterhin – und diese Anregung richtet sich an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen – zu überlegen, ob eine externe Prüfung unserer Eröffnungsbilanz nötig ist oder ob diese Kosten unter Abwägung der „Risiken“ nicht eingespart werden können.

Was nicht im Haushalt steht, aber dennoch angesprochen werden muss, ist der Gräftenbereich in Holtwick. Hier erwarten die Anwohner zu Recht, dass das “Filetstück“ Holtwicks seiner Bezeichnung gerecht wird. Hier noch weitere Tausende von € zu vergraben macht keinen Sinn. Hier sollte ein Konzept mit den Anwohnern erarbeitet und umgesetzt werden. Den jetzigen Zustand zu belassen wäre ein Armutszeugnis der Politik.

Noch ein Wort zu unseren Gebührenhaushalten. Wir greifen gerne die Anregungen von Herrn Löchtefeld auf, über Änderungen der Abfuhrhythmen, andere Gefäßgrößen usw. im Abfallbereich zu diskutieren, die eine Gebührenreduzierung zur Folge haben könnte. Es bleibt abzuwarten, was dabei machbar und Berücksichtigung der Familienfreundlichkeit sinnvoll ist.

Im Abwasserhaushalt unterstützen wir ausdrücklich die dringend notwendigen Anstrengungen des Bürgermeisters, die Fremdwasserproblematik in den Griff zu bekommen. Hier gilt es, zusammen mit der Abwasserberatung NRW Maßnahmen in die Wege zu leiten, das Fremdwasser deutlich zu reduzieren. Nur so können wir vermeiden, dass die Gebühren noch weiter steigen werden.

Wer die Beratungen zum Stellenplan in der Haupt- und Finanzausschusssitzung verfolgt hat, weiß, dass wir uns die Entscheidung den Stellenplan abzulehnen, nicht leicht gemacht haben. Die Entscheidung über den Stellenplan ist auch ein Signal nach außen. Das Signal JA - die Gemeinde engagiert sich in der Ausbildung und ist bereit, 3 Auszubildenden den Weg in die Arbeitswelt zu ermöglichen - ist ein positives Signal. Eine Höhergruppierung zweier A12 Stellen ist dem Bürger angesichts des hohen Fehlbetrags nicht zu vermitteln und das falsche Signal. Aufgrund der Nachhaltigkeit der Stellenerhöhungen (Mehrbelastung und Pensionsrückstellungen) für unsere Kinder können WIR der Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen, bei Verbesserungen der Haushaltslage kann die Entscheidung sicherlich anders ausfallen.

Der von der Mehrheit gefasste Beschluss, eine Stelle anzuheben ist unserer Meinung nach nicht eine Entscheidung für eine Person, sondern eine Entscheidung gegen eine Person.

An dieser Stelle bedanken wir uns bei den Mitarbeitern der Gemeinde Rosendahl, herausheben möchten wir zum einen die Schriftführer bzw. Schriftführerinnen, die, so glauben wir, es nicht immer leicht mit uns hatten und zum anderen gilt unser besonderer Dank dem Kämmerer Herrn Isfort, der uns bei den Haushaltsberatungen an 2 langen Nachmittagen den Umgang mit dem neuen Haushalt nahe gebracht hat.

Die WIR-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan, der die eindeutige Handschrift des Bürgermeisters trägt, zu.

Die durch den Haushalt gesetzten Schwerpunkte Familienförderung und Attraktivierung der Ortsteile werden von uns voll und ganz mitgetragen. Auch wenn wir oft anderer Meinung sind, ist das Engagement des Bürgermeisters für Rosendahl deutlich zu erkennen, dafür an dieser Stelle herzlichen Dank.

Dem Stellenplan werden wir nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Hartwig Mensing